

***Politische Forderungen
im Rahmen einer „Flüchtlingspolitik“***

**Helmut Kury
Jördis Schüßler**

Aus: Erich Marks (Hrsg.):
Prävention & Integration
Ausgewählte Beiträge des 22. Deutschen Präventionstages
19. und 20. Juni 2017 in Hannover
Forum Verlag Godesberg GmbH 2018, Seite 237-254

978-3-942865-71-5 (Printausgabe)
978-3-942865-72-2 (eBook)

Politische Forderungen im Rahmen einer „Flüchtlingspolitik“

1. Einleitung

In den letzten Jahren, insbesondere ab 2014, wurden die westeuropäischen Länder, und hier insbesondere auch Deutschland, von einer großen Zahl von Flüchtlingen und Asylsuchenden, vor allem aus Syrien, dem Irak, Iran und Afghanistan, „überrollt“, was trotz einer nach wie vor weit verbreiteten „Willkommenskultur“ vermehrt Politiker auf den Plan rief, die vor einer Überforderung, etwa einer Überfremdung des Landes warnten. Trotz der enormen Belastung durch die hohe Zahl an Zuwanderern in Deutschland blieb die Akzeptanz in der Bevölkerung nach wie vor hoch. In einer Umfrage im September 2017 antworteten auf die Frage: „Kann Deutschland die vielen Flüchtlinge verkraften?“ immerhin 57 Prozent mit ja, 39 Prozent mit nein, wobei die Zustimmung in den letzten Monaten zunächst gesunken, dann aber zuletzt wieder gestiegen ist (ZDF-Politbarometer vom 27. 10. 2017). Vor allem im Jahre 2015 wurde in Deutschland eine besonders hohe Zahl von Schutzsuchenden registriert. So wurden nach Angaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (2016, S. 2) 2014 noch 202.834 Erst- und Folgeanträge für Asyl gestellt, 2015 waren es mit 476.649, was einem Anstieg von 135 Prozent entspricht, nahezu eine halbe Million. Nach Angaben des UNHCR (2017, p. 3) war Deutschland “the world’s largest recipient of new individual applications, followed by the United States of America (172,700), Sweden (156,400), and the Russian Federation (152,500)”.

Vor dem Hintergrund dieser Daten zeigt sich in einem europäischen Vergleich, „dass Deutschland weiterhin und in verstärktem Maße ein Hauptzielland von Migration ist und im Vergleich zu den anderen europäischen Staaten in den letzten Jahren deutlich an Attraktivität gewonnen hat“ (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2016, S. 10). Von den etwas über 80 Millionen Einwohnern in Deutschland hatten 2015 etwa 17,1 Millionen Personen, somit nahezu jeder Fünfte, einen Migrationshintergrund, d.h. die Person selbst oder mindestens ein Elternteil besitzt nicht die deutsche Staatsangehörigkeit durch Geburt (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2016, S. 11; vgl. a. Haverkamp 2016; Bertelsmann Stiftung 2016, S. 3).

Die enorme Zuwanderung von Flüchtlingen führte in Deutschland vielfach zu einer wachsenden Beunruhigung, vor allem auch, weil die nun Ankommenden im Gegensatz zu früheren Einwanderern deutlicher als „Fremde“ sichtbar waren, kamen sie ja nicht, wie etwa die Gastarbeiter früherer Jahrzehnte, aus europäischen Ländern, sondern vielfach aus islamischen Staaten Nordafrikas. So entbrannte eine Kontro-

verse darüber, ob Muslime überhaupt in eine vorwiegend christlich geprägte Gesellschaft wie Deutschland integrierbar seien. Vielfach werden insbesondere muslimische Flüchtlinge als Bedrohung für eine freiheitliche Demokratie und die kulturellen Werte in Deutschland dargestellt (Schneider 2016). Es wird ein Bild von Muslimen „als inhärent uneuropäisch und nicht integrierbar“ konstruiert (Çetin 2015, S. 124). „Zu allen Zeiten haben Migranten erfahren, dass sie häufiger unerwünscht als erwünscht sind, eher abgewiesen als aufgenommen werden, dass ihr Leben im Aufnahmeland mit Strapazen, Konflikten und hohen Anpassungsleistungen verbunden ist“ (Süssmuth 2006, S. 41).

Die Furcht gegenüber einer weiteren Zuwanderung wurde in der Öffentlichkeit vor allem auch durch terroristische Anschläge in mehreren europäischen Ländern, auch Deutschland, geschürt, die vielfach dem Konto islamistischer Bewegungen zugeschrieben wurden. Vielfach wird in der Öffentlichkeit davon ausgegangen, dass Flüchtlinge in höherem Ausmaß straffälliger werden als Einheimische (kritisch Heinz 2017; Feltes u.a. 2018).

Ein Aspekt, der in dieser Diskussion oft übersehen wird, ist die Kriminalität von Seite der einheimischen Bevölkerung gegenüber Flüchtlingen, indem diese etwa beleidigt, beschimpft oder gar körperlich angegriffen werden und teilweise ihre Unterkünfte beschädigt, gar in Brand gesteckt werden. So betonte etwa Zick (2015, S. 2) bereits vor zwei Jahren, dass fremdenfeindliche Hasstaten längst überall in Deutschland angekommen seien, auch im Westen des Landes. „Kaum bekannt sind die alltäglichen Beleidigungen, Beschimpfungen und Angriffe von Wutbürgern im Alltag von Menschen. Die Zahl würde uns erschrecken. ... Dem Populismus helfen auch Medien, in denen er sich inszenieren kann“.

Eine jährlich durchgeführte Befragung einer repräsentativen Stichprobe der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland zeigt deutlich eine Zunahme der Verunsicherung und Ängste in der Öffentlichkeit (Infocenter der R+V Versicherung 2017). Bei der Befragung 2016 gaben immerhin 73 Prozent (Frauen = 77 Prozent; Männer = 69 Prozent) an, Angst vor terroristischen Anschlägen zu haben, 68 Prozent (F = 72 Prozent; M = 64 Prozent) vor politischem Extremismus, 67 Prozent (F = 69 Prozent; M = 66 Prozent) vor Spannungen durch den Zuzug von Ausländern und 66 Prozent (F = 67 Prozent; M = 64 Prozent) vor einer Überforderung von Deutschen/Behörden durch den starken Zuzug von Flüchtlingen. Im Vergleich zu 2015 hat die Angst vor Terrorismus um 21 Prozent zugenommen, vor politischem Extremismus um 19 Prozent, vor Spannungen durch den Zuzug von Ausländern um 18 Prozent, vor einer Überforderung der Politiker um 17 Prozent und vor einer Überforderung der Deutschen/Behörden durch den starken Zuzug von Flüchtlingen um 16 Prozent. Wurden 2005 in repräsentativen Umfragen in Deutschland von etwa 90 Prozent als wichtiges Problem vor allem Arbeitslosigkeit angesehen, ging dieser Wert bis Anfang 2017 deutlich zurück auf ca. 10 Prozent, dagegen stieg das Thema „Ausländer/Inte-

gration/Flüchtlinge“ 2015/2016 an auf nahezu 90 Prozent, ging dann allerdings bis Anfang 2017 wieder zurück auf ca. 40 Prozent, bildete aber nach wie vor das von den Befragten als am Wichtigsten angesehene Problem (Forschungsgruppe Wahlen 2016).

Diese zunehmenden Ängste und Verunsicherungen in der Öffentlichkeit trugen mit zu einer wachsenden Polarisierung in der Gesellschaft bei. Die „Willkommenskultur“ wurde zunehmend in Frage gestellt und vermehrt ein Wechsel in der Asylpolitik gefordert. Nach neueren Umfragen in Deutschland ist die „Willkommenskultur“ jedoch nach wie vor lebendig, 54 Prozent meinen allerdings inzwischen, eine Belastungsgrenze hinsichtlich der weiteren Aufnahme von Flüchtlingen sei erreicht. Vor zwei Jahren waren es noch 40 Prozent.

Die Entwicklung der Situation der Flüchtlinge in Deutschland aufgrund der starken Zuwanderung ist insbesondere auch vor dem Hintergrund dieser veränderten Einstellungen in der Bevölkerung und in den staatlichen Behörden zu sehen. Einerseits wird die Aufnahmepolitik der Bundesregierung von verschiedenen Seiten mehr und mehr kritisiert, es werden etwa alternative Lösungsansätze für das „Flüchtlingsproblem“ gefordert, wie vermehrte Unterstützung für Aufnahmezentren in den Herkunftsregionen, andererseits erschrecken Medienberichte über die Situation und die Schicksale der Flüchtlinge in ihren Heimatländern, insbesondere Syrien, und auf der Flucht nach Europa.

2. Psychische Belastung von Flüchtlingen

Zurecht wird in diesem Zusammenhang auf die erhebliche körperliche und vor allem auch psychische Belastung der Flüchtlinge in ihrem Heimatland aufgrund der dort herrschenden (Kriegs-)Zustände und der Gefahrensituationen, aber auch auf der vielfach lebensgefährlichen Flucht hingewiesen (vgl. Gäbel et al. 2006; Ruf et al. 2010; Bundes Psychotherapeuten Kammer 2015, S. 4).

Nach Gäbel et al. (2006) und Ruf et al. (2010) zeigen sich vor diesem Hintergrund bei zahlreichen Flüchtlingen in Deutschland Symptome, die auf eine Posttraumatische Belastungsstörung – PTBS hinweisen. Gerade bei Kindern, die sich aufgrund ihres Alters von Unterstützung durch Erwachsene abhängig und den Ereignissen in stärkerem Maße ausgeliefert fühlen, dürften psychotraumatische Erlebnisse vielfach negative Auswirkungen auf den gesamten weiteren Lebenslauf haben, sie bedürfen in vielen Fällen einer Behandlung durch Fachleute. „Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sind auf der Flucht häufiger als begleitete Kinder und Jugendliche Gewalt und sexuellem Missbrauch ausgesetzt. Oftmals haben sie zudem bereits in ihren Herkunftsländern beides erlebt: unter anderem als Zwangsprostituierte, Arbeitssklaven oder Kindersoldaten“ (Ärzteblatt 2016). Vielfach werden in einzelnen Untersuchungen neben einer PTBS Symptome festgestellt, die auf eine Depression, Angststörungen oder weitere psychische Belastungen hinweisen (Linder u.a. 2008; Rousseau u.a. 2011). Die Prävalenzraten in der Allgemeinbevölkerung werden bei PTBS auf 1 bis

14 Prozent geschätzt (Kessler 2007), bei Flüchtlingen deutlich höher, teilweise bis zu 50 Prozent (Ellis u.a. 2014). So betont Herber (2017), die Wahrscheinlichkeit, dass „Kriegsflüchtlinge nach ihrer Ankunft an einer PTBS erkranken, ... je nach Studie 16 bis 55 Prozent“ betrage (vgl. a. Denkowski 2015).

Kury u.a. (2018) fanden in einer Befragung von 825 vor allem syrischen Flüchtlingen in den Regionen München/Freilassing, Berlin und Freiburg mit einem standardisierten Fragebogen zur Erfassung von PTBS (PCL-C; vgl. Australian Centre for Posttraumatic Mental Health 2013), der ins Arabische übersetzt wurde, dass 34,8 Prozent einen Wert erreichten, der auf das Vorliegen einer PTBS hinweist. Auffallend war, dass Befragte unter 13 Jahren, somit Kinder, eine deutlich höhere Belastung als Erwachsene zeigten. Diese Ergebnisse werden durch eine Studie von Soyhoek u.a. (2017) bestätigt. Die Autoren untersuchten in einer Massenunterkunft in München (Bayernkaserne) 96 Flüchtlingskinder aus Syrien mit einem Durchschnittsalter von 7,2 Jahren, 54 Prozent waren männlich, mit einem standardisierten Erhebungsbogen zur Erfassung von PTBS. Die Kinder wurden von mindestens einem Elternteil begleitet, waren somit nicht alleine. Die durchschnittliche Fluchtzeit lag bei 11,8 Monaten. Bei 26 Prozent der Kinder bis zu 6 Jahren und bei 33 Prozent zwischen 7 und 14 Jahren wurde eine PTBS festgestellt. Mall, ein Autor der Studie, betont, es fehle in Deutschland „ganz klar eine Willkommenskultur“, ein großes Problem sei der lange Aufenthalt in Erstaufnahmeeinrichtungen (3sat 2017). Kinder würden vielfach „durch die Netze fallen“, es müsse ein leicht zugängliches Beratungsangebot für Familien geben. Auch eine Studie des UN-Kinderhilfswerks – UNICEF (vgl. Berthold 2014, S. 16) kommt zu dem Ergebnis, dass „die Interessen der Flüchtlingskinder in Deutschland ... von Politik, (Zivil-)Gesellschaft und Verwaltungen oft nicht beachtet“ würden. „Die soziale Benachteiligung von Flüchtlingen in Deutschland wirkt sich besonders stark auf die Kinder aus: Die Unterbringung in isolierenden Gemeinschaftsunterkünften, der eingeschränkte Zugang zu Freizeitmöglichkeiten, die Angst vor Rückführungen, die Nachteile bei der Schulwahl und der eingeschränkte Zugang zur Krankenversorgung belasten die Entwicklung dieser Kinder stark und prägen ihren Alltag“ (vgl. a. Denkowski 2015).

3. Politische Reaktionen auf den Zuzug von Flüchtlingen/Migranten

Der rasante Anstieg an Zuwanderungszahlen in Deutschland führte, vor allem auch vor dem Hintergrund einer teilweise sensationsheischenden Medienberichterstattung und der teilweise einseitigen parteipolitischen Nutzung des Themas, zu einem deutlichen Anstieg der Befürchtungen und Ängste in der Bevölkerung, dass wir es letztendlich doch nicht „schaffen“ könnten, dass die Politik und Wirtschaft überfordert werden könnte. Trotz der bis heute anhaltenden „Willkommenskultur“ in breiten Teilen der Bevölkerung wurden gesetzliche und politische Maßnahmen ergriffen, die Zuwanderungszahlen deutlich zu drosseln und vor allem auch die Rate der in ihre Herkunftsländer zurückzuführenden Personen zu erhöhen. So wurden vermehrt Län-

der als sicher erklärt, was eine Abschiebung erleichtern sollte. Seit August 2016 ging dann die Zahl der Asylanträge deutlich zurück, auch die Gesamtschutzquote sank auf 45,4 Prozent, stieg dann in den ersten Monaten 2017 auf 46,3 Prozent an (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2017). Die Verunsicherung und Kritik in der Bevölkerung gegenüber der Flüchtlingspolitik führte in Deutschland wie auch in anderen Ländern zu einer Stärkung rechtsorientierter Parteien, in Deutschland etwa zur Gründung der „Alternative für Deutschland – AfD“, die nach der letzten Bundestagswahl auch in den Bundestag eingezogen ist. Immer wieder wurde von politischer Seite eine Beschränkung der Zuwanderungszahlen, etwa eine „Obergrenze“ gefordert.

3.1. Änderungen auf gesetzlicher Ebene

Auf Bundesebene brachte bereits das 2005 verabschiedete Zuwanderungsgesetz eine grundlegende Neuausrichtung im Migrations- und Integrationsrecht der BRD. Seitdem werden die Integrationsfähigkeit der Migranten, humanitäre Verpflichtungen sowie wirtschaftliche Interessen Deutschlands und Sicherheitsinteressen bei der Integration berücksichtigt. Es gilt das Prinzip des Förderns und Forderns. Auch das am 6. August 2016 in Kraft getretene Integrationsgesetz des Bundes ist von diesen Leitgedanken geprägt. Die Teilhabe der Migranten reicht von Erziehung und Bildung über Ausbildung und Arbeitsmarkt bis hin zu Recht, Sozialem und politischer Beteiligung. Den Kern der Integrationsförderung bildet der Rechtsanspruch auf Teilnahme an Integrationskursen nach §44 AufenthG mit einer sanktionierten Teilnahmeverpflichtung für spezifische Zuwanderergruppen laut §44a. Die einzelnen Bundesländer unterscheiden sich in ihrer Flüchtlingspolitik grundlegend. Dies ist unter anderem abhängig von der jeweils ländergesteuerten Schulpolitik und von der Situation auf dem Arbeitsmarkt. In Nordrhein-Westfalen zum Beispiel ist die Chance auf einen höheren Bildungsabschluss ungleich höher als in Bayern, dafür erhalten Migranten in Bayern eher einen Ausbildungsplatz (vgl. Haverkamp 2016).

Am 9. Dezember 2016 wurde in Bayern ein Integrationsgesetz mit repressiver Ausrichtung verabschiedet, das sehr kritisiert wurde. Darin heißt es, dass Migranten, die sich dem Erlernen der deutschen Sprache verweigern, mit Sanktionen rechnen müssen (vgl. Bayerischer Landtag 2016, S. 16ff.). Wer die deutsche Rechts- und Werteordnung missachte, müsse künftig an einem „Grundkurs“ darüber teilnehmen, wenn er kein Bußgeld riskieren wolle (ebd. S. 22). In Artikel 1 des Gesetzesentwurfs der Staatsregierung für das Bayerische Integrationsgesetz werden folgende Integrationsziele genannt: „Bayern bekennt sich zu seiner Verantwortung gegenüber allen, die aus anderen Staaten kommen und hier nach Maßgabe der Gesetze Aufnahme gefunden haben oder Schutz vor Krieg und Verfolgung suchen. Es ist Ziel dieses Gesetzes, diesen Menschen für die Zeit ihres Aufenthaltes Hilfe und Unterstützung anzubieten, um ihnen das Leben in dem ihnen zunächst fremden und unbekanntem Land zu erleichtern (Integrationsförderung), sie aber zugleich auf die im Rahmen ihres Gast- und Aufenthaltsstatus unabdingbare Achtung der Leitkultur zu verpflichten und dazu eigene In-

tegrationsanstrengungen abzuverlangen (Integrationspflicht). Das soll zugleich einer Überforderung der gesellschaftlich-integrativen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Landes und seiner kommunalen Ebenen entgegenwirken“ (ebd. S. 5).

3.2. Ergebnisse der eigenen Analyse von Landtagswahlprogrammen der größten Parteien

Die Untersuchung, die hier vorgestellt wird, basiert auf einer seit 2014 laufenden Forschung von Jördis Schüßler, die durch Helmut Kury begleitet wird. Grundlage der Forschung ist eine Masterarbeit zum Thema „Kriminalität als Mittel zur Herrschaftssicherung – Am Beispiel der Bundestagswahlprogramme von 2002 bis 2013“ (Schüßler 2014). Dazu wurden die Bundestagswahlprogramme ausgewählter Parteien der genannten Jahre hinsichtlich des Umgangs mit Kriminalität und des Ausmaßes an Punitivität bewertet. Da das Thema Flüchtlingspolitik eine große mediale Welle nach sich gezogen hat, wurden 2016 zusätzlich zur laufenden Forschung die Landtagswahlprogramme der CDU, SPD, FDP und AfD für die Bundesländer, in denen damals Wahlen anstanden (Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt) ausgewertet und miteinander verglichen. Als Methode wurde die Qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring (2010) verwendet. Alle Textabschnitte, die sich mit dem Umgang mit Flüchtlingen und/oder Migranten befassten, wurden gefiltert und nach ihrem Grad der Punitivität bewertet.

„Punitivität“ ist ein komplexes Konstrukt, dessen methodische Erfassung entsprechend schwierig ist (Kury u.a. 2004). Der Begriff wird vielfach mit „Strafbedürfnis“, Einstellung zu Sanktionen oder Sanktionsstruktur der Gerichte umschrieben, wobei in den letzten Jahren teilweise von einer „Straflust“ gesprochen wird (vgl. Sack 2004; Hassemer 2009). Er wird häufig in Verbindung mit Gesetzes- bzw. Strafverschärfungen gebracht, diese befinden sich nach Lautmann u.a. (2004a, S. 3) „auf dem Vormarsch“. In Anlehnung an die Definition des Begriffs „Punitivität“ durch Lautmann u.a. (2004b) kann man von geringer Punitivität ausgehen, wenn:

- die Lösungen im Umgang mit Flüchtlingen und Flüchtlings-/Migrationskriminalität nicht vorrangig auf Sanktionen ausgerichtet sind,
- die jeweilige Partei auf unterstützende Lösungen aufmerksam macht, die bereits gut funktioniert haben,
- eine Entkriminalisierung von Fehlverhalten stattfindet bzw. gefordert wird,
- Entwicklungshilfe geleistet werden soll und Fluchtursachen bekämpft bzw. in Angriff genommen werden sollen,
- eine Integration sowie Unterstützungs- und Behandlungsprogramme (wie z. B. Spracherwerb) gefördert werden sollen,
- eine strukturelle und finanzielle Unterstützung der Flüchtlingshilfe gefordert wird (Schaffung von Stellen im Bereich der Flüchtlingsarbeit, Anerkennung für das Ehrenamt etc.).

Von hoher Punitivität kann dagegen ausgegangen werden, wenn:

- die Lösungen im Umgang mit Flüchtlingen und Flüchtlings-/Migrationskriminalität vorrangig auf Sanktionen ausgerichtet sind,
- vorrangig die Zuwanderung durch strengere Maßnahmen begrenzt werden soll,
- insbesondere die Verfahren zur Abschiebung beschleunigt werden sollen,
- härtere Gesetze für straffällige Flüchtlinge und Migranten gefordert werden,
- konsequent abgeschoben werden soll,
- vor allem eine Ausweitung der Überwachung gefordert wird (z. B. mehr Polizei zur Umsetzung der Maßnahmen),
- auf Rassismus und Fremdenfeindlichkeit mit Repression geantwortet wird,
- die Einstaatlichkeit gefordert wird.

Hierbei ist jeweils zu bewerten, welche Aspekte der Problematik in den Wahlprogrammen mehr in den Vordergrund gerückt und betont werden, handelt es sich hierbei mehr um helfende, unterstützende oder zurückweisende, sanktionierende Forderungen.

Hinsichtlich der Wahlprogramme der größeren Parteien zur Landtagswahl 2016 in Baden-Württemberg zeigten sich die folgenden Ergebnisse:

Die CDU schwankte in ihrem Landtagswahlprogramm 2016 mit dem Titel „Gemeinsam. Zukunft. Schaffen.“ (CDU BW 2016) zwischen geringen und hoch punitiven Argumenten. Es wurde nicht nach Ursachen und Fluchtgründen gesucht. Sprach- und Integrationskurse sollten einen verpflichtenden Charakter haben (S. 131). Ein Verbot der Vollverschleierung wurde gefordert (ebd.). Eine markante punitive Forderung lautet hier: „Wir werden anerkannten Flüchtlingen und Asylsuchenden nur dann wirksam helfen können, wenn wir Personen, deren Antrag abgelehnt wurde, auch konsequent abschieben. Um dies in der Praxis zu ermöglichen, darf es bei anstehenden Abschiebungen keine vorherige Ankündigung oder jahreszeitliche Abschiebeaussetzungen mehr geben. Zudem braucht es für ausreisepflichtige Personen, die sich der Abschiebung entziehen wollen, mehr Abschiebehaftplätze. Zudem müssen in der Landespolizei zusätzliche Stellen für die Durchführung von Abschiebungen geschaffen werden“ (S. 125).

Die SPD hatte mit 85 Prozent überwiegend gering punitive Forderungen in ihrem Wahlprogramm „Baden-Württemberg leben“ (SPD BW 2016). So wird etwa betont: „Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten spielen die hier Lebenden nicht gegen jene aus, die bei uns Zuflucht suchen. Stattdessen eröffnen wir den Weg zum Spracherwerb in unser Bildungssystem und auf den Arbeitsmarkt, damit die neu zu uns Kommenden all ihre Potentiale in unserer Gesellschaft entfalten können“ (S. 9).

Die FDP bewegte sich zu 60 Prozent eher im mittleren Punitivitätsbereich. 40 Prozent der Aussagen im Bereich der Flüchtlings- und Migrationspolitik in ihrem Programm mit dem Titel „Mehr Chancen durch mehr Freiheit“ (FDP BW 2016) waren gering punitiv. So werden etwa Vorteile von Interreligiosität neben möglichen gesehenen Gefahren für die Gesellschaft angesprochen: „Wir setzen auf einen interreligiösen Diskurs, der von Respekt, gegenseitiger Achtung und Toleranz getragen ist. Religionen wirken gemeinschaftsbildend und stärken Persönlichkeit und Selbstbewusstsein ihrer Anhänger. In einer modernen aufgeklärten Gesellschaft dürfen sie jedoch nicht separierend wirken oder Menschen anderen Glaubens oder Menschen, die keiner Religion angehören, vom gesellschaftlichen oder politischen Leben ausschließen. Für religiösen Fanatismus jeglicher Couleur darf in unserer Gesellschaft kein Platz sein“ (S. 114).

Die Forderungen der AfD waren zu 86 Prozent hoch punitiv. Ein markantes Zitat aus dem Landtagswahlprogramm „Für unser Land – für unsere Werte“ (AfD BW 2016): „Die AfD fordert mit Nachdruck die Einhaltung der geltenden Gesetze und, daraus folgend, die unverzügliche Beendigung des Massenzustroms größtenteils nicht integrierbarer, kulturfremder Menschen in unser Land“ (S. 5).

Wahlsieger waren DIE GRÜNEN, deren Programm mit dem Titel „Grün aus Verantwortung für Baden-Württemberg“ (GRÜNE BW 2016) nur gering punitiv ist. Die Partei spricht die Hilfsbereitschaft der Ehrenamtlichen an. Man legt Wert auf Integration und Spracherwerb sowie den Zugang zum Arbeitsmarkt, medizinische Behandlung, psychosoziale Versorgung und die Bekämpfung der Fluchtursachen. DIE GRÜNEN fordern, „Flüchtlingen nicht nur Zuflucht [zu] gewähren, sondern ihnen ein Leben als Teil der Gesellschaft [zu] ermöglichen“ (S. 217).

Die Analyse der Wahlprogramme für die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz ergab folgende Resultate:

Die CDU zeigte sich hinsichtlich punitiver Ausführungen bunt gemischt. 27 Prozent der Aussagen zur Flüchtlingspolitik in ihrem Programm „Regieren. 100% Einsatz für Rheinland-Pfalz. 100% besser“ (CDU RLP 2016) waren hoch punitiv. Die restlichen Textstellen waren zu gleichen Teilen jeweils gering und mittelmäßig punitiv. So wird beispielsweise betont: „Mit konsequentem Handeln muss auch die Wahrung der inneren Sicherheit und Ordnung angegangen werden. Genauso wie Straftaten gegen Asylbewerber müssen Straftaten von Asylbewerbern verfolgt und geahndet werden. Wenn wir dem Grundsatz Geltung verschaffen wollen, dass nur Schutzbedürftige Asyl genießen und Asyl kein Zuwanderungsweg ist, dann ist auch die Aufenthaltsbeendigung eine Notwendigkeit. Das Recht der Duldung von Ausländern aus bestimmten Staaten oder von bestimmten Ausländergruppen sowie weitere Abschiebungshindernisse wollen wir deshalb hinterfragen. Der Katalog der Ausweisungsgründe, insbesondere in Bezug auf Angriffen auf Polizeibeamte, sollte überarbeitet werden. Für alle abgelehnt

ten Asylbewerber soll ein Wiedereinreiseverbot von grundsätzlich drei bis fünf Jahren verhängt werden. Es wird: • die Ausreiseverpflichtung konsequent durchgesetzt werden., • in Zweifelsfällen ein Amtsarzt entscheiden, damit keine Ausweisungshindernisse vorgeschoben werden können., • die Reduzierung der Leistungen auf „Null“, wie es bundesweit nun geregelt ist einhergehen mit einer konsequenten Abschiebep Praxis. Hier muss das Land Zusagen für eine Aufstockung des Personals bei Ausländerbehörden und Verwaltungsgerichten sorgen., • der Vollzug der Abschiebeverfügungen wieder dem Bund und der Bundespolizei übertragen. Asylberechtigte und Flüchtlinge müssen abgeschoben werden können, wenn sie rechtskräftig wegen einer Straftat zu einer Freiheitsstrafe auch unter Bewährung verurteilt wurden, um so insbesondere auch Serienstraftäter erfassen zu können.“ (S. 30f.).

Die SPD hatte ebenso wie die SPD in Baden-Württemberg zu 85 Prozent gering punitive Aussagen in ihrem Wahlprogramm mit dem Titel „Unser Land von morgen“ (SPD RLP 2016). So wird beispielsweise betont: „Wer die Interessen der einen gegen die der anderen ausspielt, der setzt den Zusammenhalt unserer Gesellschaft aufs Spiel. Das war immer schon so, und deshalb gibt es für uns auch jetzt nur eine klare Antwort: Wir werden es nicht hinnehmen, dass Flüchtlinge gegen Arbeitslose ausgespielt werden. Wir werden nicht Muslime gegen andere Religionsgemeinschaften ausspielen. Wir werden nicht alte gegen neue Wohnungsmieter ausspielen. Uns geht es darum, dass neues Zusammenleben gelingt. Für all das hat Malu Dreyer einen Zukunftspakt für Deutschland vorgestellt. Bund, Länder und Kommunen müssen an einem Strang ziehen, um die Kräfte zu bündeln und gemeinsam mit der Zivilgesellschaft Integration gelingen zu lassen. Rheinland-Pfalz wird diese Zusammenarbeit unter unserer Führung vorantreiben“ (S. 7).

Die Aussagen der FDP in ihrem „Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Landtagswahl 2016“ (FDP RLP 2016) waren zu 79 Prozent gering punitiv, enthielten jedoch ein paar wenige Aussagen im mittleren und hohen Punitivitätsbereich wie etwa: „Neben dem Angebot von Hilfsmaßnahmen muss dem vergleichsweise kleinen, aber harten Kern der Integrationsverweigerer aber auch verdeutlicht werden, dass der Aufenthalt nicht nur mit Rechten, sondern auch mit Pflichten verbunden ist und dass es Konsequenzen hat, wenn keine Bereitschaft besteht, die hier geltenden Regeln zu respektieren. (...) Statt mit den finanziellen Fördermitteln, gemäß dem Prinzip ‚Gießkanne‘, alle Migranten zu bedenken, müssen sich die Anstrengungen auf den vergleichsweise kleinen Teil konzentrieren, der in hohem Maße Hilfe benötigt und bei dem Sanktionen unverzichtbar sind“ (S. 43).

Die AfD hatte zu 37 Prozent hoch punitive Forderungen in ihrem Programm „Mit Herz und Verstand für unser Land“ (AfD RLP 2016). So wird etwa betont: „Somit müssen auch alle Konsequenzen aus der Gesetzeslage für alle gleichermaßen gelten. Menschen, die sich illegal in Deutschland aufhalten und den deutschen Staat schädigen, sind abzuschieben“ (S. 14).

Was die Landtagswahlprogramme in Sachsen-Anhalt betrifft, zeigten sich folgende Ergebnisse der Analyse:

Die CDU hielt sich mit ihren Aussagen zu 67 Prozent im mittleren Punitivitätsbereich. So wird etwa in dem Programm mit dem Titel „NAH. KLAR. Für Sachsen-Anhalt. Klare Verhältnisse – Keine Experimente“ (CDU SA 2016) u.a. betont: „Deshalb werden wir: - klare Grenzen ziehen und die Ausreisepflicht von Menschen ohne Flucht- und Asylgrund durchsetzen, - die Beschleunigung der Asylverfahren konsequent vorantreiben, um tatsächlich Schutzbedürftigen zu helfen, - Asylbewerber ohne Bleibeperspektive künftig nicht mehr auf die Kommunen verteilen, um sie zentral abschieben zu können, - die kontrollierte Zuwanderung von Menschen, deren Kenntnisse und Fähigkeiten wir brauchen, im Interesse des Landes sicherstellen, - ausländische Hochschulabsolventen bei ihrem Bleibewunsch im Land unterstützen, - eine gezielte Willkommenskultur für gesuchte Fachkräfte in und außerhalb der EU durch die verbesserte Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse unterstützen“ (S. 22f.).

Die SPD hatte zu 92 Prozent gering punitive Aussagen in Sachen Flüchtlingspolitik. So wird in ihrem Wahlprogramm mit dem Titel „Es ist Zeit für einen neuen Aufbruch: Sachsen-Anhalt kann mehr“ (SPD SA 2016) etwa ausgeführt: „Sachsen-Anhalt braucht Zuwanderung, um den demografischen Wandel zu bewältigen und den Fachkräftebedarf zu befriedigen. Zuwanderung stärkt uns wirtschaftlich, bereichert uns kulturell und trägt dazu bei, Sachsen-Anhalt durch Vielfalt attraktiver und weltoffener zu machen. Wir wollen mehr Zuwandernde dafür gewinnen, sich für Sachsen-Anhalt zu entscheiden. Dafür werden wir offensiv im In- und Ausland werben. Voraussetzung ist eine gelebte Willkommenskultur, mit der Zuwandernde offen aufgenommen, kompetent informiert und bestmöglich begleitet werden“ (S. 35).

Im Wahlprogramm der FDP waren jeweils 45 Prozent der Forderungen gering und mittel punitiv. In ihrem Programm „Sachsen-Inhalt. Machen wir was draus“ (FDP SA 2016) wurde etwa ausgeführt: „Die Verfahren zur Anerkennung wollen wir straffen. Personen aus Bürgerkriegsländern ist für die Dauer des Krieges generell und ohne Einzelfallprüfung Schutz zu gewähren. ... Wer keinen Asylgrund und auch keinen Arbeits- oder Ausbildungsplatz hat, muss umgehend in sein Heimatland zurückkehren, notfalls per Abschiebung. Auch diese Verfahren dürfen nicht länger als drei Monate dauern, damit sich Integrationsbemühungen auf diejenigen konzentrieren, die bei uns bleiben“ (S. 37).

Das Programm der AfD mit dem Titel „Die Stimme der Bürger – unser Programm!“ (AfD SA 2016) enthielt zu 63 Prozent hoch punitive Forderungen bezüglich der Flüchtlingspolitik. So wird etwa ausgeführt: „Wir fordern: straffällig gewordene Asylbewerber sind unverzüglich auszuweisen und ggf. abzuschicken. Strafverfolgung und Ordnungsverfahren sind selbstverständlich ohne einen Fremdenbonus mit gleicher Intensität durchzuführen wie bei einheimischer Bevölkerung. Hier muss selbstverständlich der Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz gelten“ (S. 26).

4. Schlussdiskussion

Der überwiegende Teil der Forderungen zur Flüchtlingspolitik war bei der SPD in allen drei untersuchten Bundesländern gering punitiv ausgefallen. Am höchsten war der Anteil der gering punitiven Aussagen in Sachsen-Anhalt mit 92 Prozent. Die Wahlstrategie der SPD hat sich in den jeweiligen Bundesländern unterschiedlich ausgewirkt. In Baden-Württemberg verlor die Partei 10,4 Prozent, in Sachsen-Anhalt 7,3 Prozent der Stimmen. In Rheinland-Pfalz gewann die SPD 0,5 Prozent der Stimmen.

Die CDU hatte mit 37 Prozent die meisten hoch punitiven Aussagen in Baden-Württemberg. Allerdings waren dort gleichzeitig auch 42 Prozent der Aussagen gering punitiv. In Rheinland-Pfalz waren die Forderungen der CDU zu 27 Prozent hoch punitiv. In allen drei untersuchten Bundesländern musste die CDU einen Stimmenverlust hinnehmen. Am schlimmsten war dies in Baden-Württemberg, dort verlor die CDU 12 Prozent ihrer Stimmen. In Rheinland-Pfalz verlor die Partei 3,4 Prozent, in Sachsen-Anhalt 4,7 Prozent der Stimmen.

Die FDP hatte in allen drei Bundesländern überwiegend geringe oder im mittleren Punitivitätsbereich liegende Aussagen zur Flüchtlingspolitik. 79 Prozent der Aussagen im Wahlprogramm der FDP in Rheinland-Pfalz waren gering punitiv. In Baden-Württemberg waren 40 Prozent der Aussagen gering punitiv, 60 Prozent lagen im mittleren Bereich. In Sachsen-Anhalt waren die Forderungen der FDP jeweils zu etwa 45 Prozent gering und mittelmäßig punitiv. In allen drei untersuchten Bundesländern gewann die FDP einen geringen Prozentsatz an Stimmen dazu. In Baden-Württemberg waren dies 3 Prozent, in Rheinland-Pfalz 2 Prozent und in Sachsen-Anhalt 1,9 Prozent.

Die AfD hatte in allen drei untersuchten Bundesländern den höchsten Anteil an hoch punitiven Aussagen. In Rheinland-Pfalz betrug der Anteil der hoch punitiven Aussagen 37 Prozent. So hoch war auch der Anteil der hoch punitiven Aussagen zur Flüchtlingspolitik bei der CDU in Baden-Württemberg. Die meisten hoch punitiven Aussagen hatte die AfD mit 86 Prozent in Baden-Württemberg. Auch in Sachsen-Anhalt war der Anteil der hoch punitiven Forderungen mit 63 Prozent hoch. In allen drei Bundesländern konnte die AfD ein herausstechendes Wahlergebnis erzielen, am meisten in Sachsen-Anhalt. Dies lag sicherlich an ihrer Polarisierung der Flüchtlingspolitik und ihrem geforderten harten Vorgehen. So erhielt die AfD in Baden-Württemberg 15,1 Prozent, in Rheinland-Pfalz 12,6 Prozent und in Sachsen-Anhalt sogar 23,1 Prozent der Stimmen.

Die Wahlergebnisse, vor allem das Abschneiden der AfD, sind vor dem Hintergrund einer kontroversen Diskussion um das „Flüchtlingsthema“ zu sehen, aber nicht nur. In Rheinland-Pfalz etwa siegte die SPD, die mit gering punitiven Forderungen hinsichtlich eines Umgangs mit Flüchtlingen Wahlkampf betrieb. Eine wachsende Unsicherheit in der Bevölkerung kann nicht allein auf eine erhöhte Einwanderung von

„Fremden“ zurückgeführt werden, muss auch im Kontext einer zunehmenden Globalisierung, einer komplexer werdenden Welt mit offeneren Grenzen und damit geringeren Kontrollmöglichkeiten gesehen werden. Darauf weisen auch die Umfragen hin, in denen sich Bürger besorgt darüber äußern, die Politiker könnten bei der Lösung der anstehenden Probleme überfordert sein (vgl. oben). Einen größeren Stellenwert haben in diesem Zusammenhang „Sicherheitsfragen und Sicherheitspolitik erhalten. Hier haben wir mit neuartigen Veränderungen zu tun, die aller Wahrscheinlichkeit nach Langzeitfolgen haben“ (Süssmuth 2006, S. 55).

„Migration und Integration sind Themen von großer sozialer Sprengkraft“ (Süssmuth 2006, S. 7). Die Autorin betont jedoch gleichzeitig: „An der Frage, ob es in Deutschland und Europa gelingt, mit kultureller Vielfalt kreativ und friedlich umzugehen, entscheidet sich unsere Zukunftsfähigkeit“ (S. 8). Das Thema Migration ist auch keineswegs neu, es gehört zur Geschichte der Menschheit. Deutschland braucht, wie viele Autoren betonen, bei einer sinkenden Bevölkerungszahl auch Zuwanderer. So betonen etwa Münkler u. Münkler (2016, S. 37), Deutschland habe eine der niedrigsten Geburtenraten in der EU und sei auf die Zuwanderung von Arbeitskräften angewiesen. Mitaritonna et al. (2014) fanden in französischen Départements, dass der Zuwachs an ausländischen Arbeitskräften zu einer höheren Produktivität, mehr Investitionen und einem Zuwachs der Exporttätigkeit führten (vgl. zusammenfassend a. Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung 2017, S. 44). Es ist verständlich, dass in diesem Zusammenhang vor allem hoch qualifizierte und gut ausgebildete Zuwanderer erwünscht sind, die möglichst direkt in der Wirtschaft eingesetzt werden können und beklagt wird, dass viele derjenigen, die zu uns kommen, nicht in diese Kategorie fallen. Für die Herkunftsländer kann allerdings gerade das Abwandern qualifizierter Arbeitskräfte zusätzliche wirtschaftliche Probleme mit sich bringen. Auch vor diesem Hintergrund ist zu unterstützen, dass ein erheblicher Teil der Geflüchteten nach Verbesserung der Situation im Heimatland in dieses zurück möchte, bei unserer Untersuchung waren es mit 37 Prozent mehr als ein Drittel (Kury u.a. 2018).

5. Literatur

- Ärzteblatt (2016). Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge: Screening auf psychische Belastungen und Traumafolgen notwendig. *Ärzteblatt.de*: Berlin.
<https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/67913/Unbegleiteteminderjaehrige-Fluechtlinge-Screening-auf-psychische-Belastungen-und-Traumafolgen-notwendig>
- Australian Centre for Posttraumatic Mental Health (2013). The Posttraumatic Stress Disorder Checklist (PCL). Melbourne.
http://www.vaada.org.au/wp-content/uploads/2013/10/PTSD-Checklist_PCL_.pdf
- Bayerischer Landtag (2016): Gesetzesentwurf der Staatsregierung für ein Bayerisches Integrationsgesetz, 10.05.2016. Gefunden am 16.10.2017 unter:
http://www.stmas.bayern.de/imperia/md/content/stmas/stmas_internet/integration/160510_bayintg_entwurf.pdf
- Bertelsmann Stiftung (2016). Einwanderungsland Deutschland. Factsheet. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Berthold, T. (2014). In erster Linie Kinder. Flüchtlingskinder in Deutschland. Deutsches Komitee für UNICEF e.V.
<https://www.unicef.de/blob/56282/fa13c2eefcd41dfca5d89d44c72e72e3/fluechtlingskinder-in-deutschland-unicef-studie-2014-data.pdf>
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge – BAMF (2016). Migrationsbericht 2015. Zentrale Ergebnisse. Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl. Nürnberg. (www.bamf.bund.de).
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2017): Aktuelle Zahlen zu Asyl. Ausgabe: April 2017.
(<http://www.bamf.de/SharedDocs/Meldungen/DE/2017/20170509-asylgeschaeftsstatistik-april.html>)
- Bundes Psychotherapeuten Kammer (2015). BPTK-Standpunkt: Psychische Erkrankungen bei Flüchtlingen. Berlin: Bundes Psychotherapeuten Kammer.
http://www.bptk.de/uploads/media/20150916_BPTK-Standpunkt_psychische_Erkrankungen_bei_Fluechtlingen.pdf
- Çetin, Z. (2015). Gespräche über Rassismus. Perspektiven & Widerstände. Berlin.
- Denkowski, C. von (2015). Migranten: Das Trauma nach der Flucht. Heidelberg: Spektrum.de, Spektrum Verlag.
<http://www.spektrum.de/news/das-trauma-nach-der-flucht/1369633>
- 3sat (2017). Gezeichnet. Viele Flüchtlingskinder psychisch belastet.
<http://www.3sat.de/page/?source=/nano/gesellschaft/177190/index.html>
- Ellis, B.H., Murray, K., Barrett, C. (2014). Understanding the Mental Health of Refugees: Trauma, Stress, and the Cultural Context. In: Parekh, R. (Ed.), The Massachusetts General Hospital Textbook on Diversity and Cultural Sensitivity in Mental Health. New York: Springer, 165-187.

- Feltes, T., List, K., Bertamini, M. (2018). More refugees, more offenders, more crime? Critical comments with data from Germany. In: Kury, H., Redo, S. (Eds.), *Refugees and Migrants in Law and Policy. Challenges and Opportunities for Global Civic Education*. Heidelberg, New York: Springer. Im Druck.
- Forschungsgruppe Wahlen e. V. (2016). Wichtige Probleme in Deutschland seit 01/2000. (http://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Politik_II/).
- Gäbel, U., Ruf, M., Schauer, M., Odenwald, F., Neuner, F. (2006). Prävalenz der Posttraumatischen Belastungsstörung (PTSD) und Möglichkeiten der Ermittlung in der Asylverfahrenspraxis. *Zeitschrift für Klinische Psychologie und Psychotherapie*, 35(1), 12–20.
- Hassemer, W. (2009). *Warum Strafe sein muss*. Ein Plädoyer. Berlin: Ullstein.
- Haverkamp, Rita (2016): *Geflüchtete Menschen in Deutschland. Zuwanderung, Lebenslagen, Integration, Kriminalität und Prävention – ein Überblick*. Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK). 2. Auflage. Bonn.
- Heinz, W. (2017). *Kriminalität und Kriminalitätskontrolle in Deutschland – Berichtsstand 2015 im Überblick*. Konstanz: Konstanzer Inventar Sanktionsforschung.
<http://www.ki.uni-konstanz.de/kis/>
- Herber, B. (2017). *Flüchtlinge - Wir müssten reden*. Krieg, Flucht und Waten auf den Asylbescheid. *Zeit-Online* vom 23. 10. 2017.
http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-10/fluechtlinge-psychologische-betreuung-afghanis-tan?utm_content=zeitde_redpost+_link_sf&utm_campaign=ref&utm_source=twitter_zonaudev_int&utm_medium=sm&wt_zmc=sm.int.zonaudev.twitter.ref.zeitde.redpost.link.sf
- Infocenter der R+V Versicherung (2017). *Die Ängste der Deutschen 2016*.
<https://www.ruv.de/static-files/ruvde/downloads/presse/aengste-der-deutschen-2016/ruv-aengste-2016-grafiken-bundesweit.pdf>
- Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e.V. (2017). *Wie kann eine gesamtwirtschaftlich erfolgreiche Integration der Flüchtlinge gelingen? Abschlussbericht an das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie*. Tübingen, Bielefeld, Kiel: IAW.
- Kessler, R.C. (2007). The global burden of anxiety and mood disorders: Putting the European Study of the Epidemiology of Mental Disorders (ESE-MeD) findings into perspective. *J. Clin. Psychiatry* 68, 10-19.
- Kury, H., Kania, H., Obergfell-Fuchs, J. (2004). *Worüber sprechen wir, wenn wir über Punitivität sprechen? Versuch einer konzeptionellen und empirischen Begriffsbestimmung*. *Kriminologisches Journal*, 8. Beiheft, 51-88.
- Kury, H., Dussich, J.P.J., Wertz, M. (2018). *Migration in Germany – An international comparison – On the psychotraumatic stress among refugees*. In: Kury, H., Redo, S. (Eds.), *Refugees and Migrants in Law and Policy. Challenges and*

- Opportunities for Global Civic Education. Heidelberg, New York: Springer. Im Druck.
- Lautmann, R., Klimke, D. Sack, F. (Hrsg.)(2004a): Punitivität. Kriminologisches Journal 36, 8. Beiheft, Weinheim: Juventa Verlag.
- Lautmann, R., Klimke, D., Sack, F. (2004b). Vorwort. In: Lautmann, R., Klimke, D., Sack, F. (Hrsg.), Punitivität. Kriminologisches Journal 36, 8. Beiheft, Weinheim: Juventa Verlag, 3-8.
- Lindert, J., Brähler, E., Wittig, U., Mielck, A., & Priebe, S. (2008). Depressivität, Angst und Posttraumatische Belastungsstörung bei Arbeitsmigranten, Asylbewerbern und Flüchtlingen – Systematische Übersichtsarbeit zu Originalstudien. Psychotherapie Psych. Med., 58, 109–122.
- Mayring, P. (2010). Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 11. aktualisierte und überarbeitete Auflage. Beltz Verlag. Weinheim und Basel.
- Mitaritonna, Cristina, Gianluca Orefice, Giovanni Peri (2014). Immigrants and Firms' Productivity: Evidence from France, IZA Discussion Paper Series 8063, Institute for the Study of Labour (IZA).
- Münkler, H., Münkler, M. (2016). Die neuen Deutschen. Ein Land vor seiner Zukunft. Berlin: Rowohlt.
- Rousseau, C., Pottie, K., Thombs, B.D., Munoz, M., Jurcik, T. (2011). Post traumatic stress disorder: evidence review for newly arriving immigrants and refugees. Montreal: Canadian Collaboration for Immigranta and Refugee Health (CCIRH).
<http://www.cmaj.ca/content/suppl/2010/06/07/cmaj.090313.DC1/imm-ptsd-11-at.pdf>
- Ruf, M., Schauer, M., Elbert, T. (2010). Prävalenz von traumatischen Stresserfahrungen und seelischen Erkrankungen bei in Deutschland lebenden Kindern von Asylbewerbern. Zeitschrift für Klinische Psychologie und Psychotherapie 39 (3), 151-160.
- Sack, F. (2004). Wie die Kriminalpolitik dem Staat aufhilft. Governing through Crime als neue politische Strategie. In: Lautmann, R., Klimke, D., Sack, F. (Hrsg.), Punitivität. Kriminologisches Journal 36, 8. Beiheft, Weinheim: Juventa Verlag, 30-50.
- Schneider, P. (2016). Migranten und Flüchtlinge als Herausforderung für Deutschland und Europa. Sicherheit und Frieden 34, 1, 1-96.
- Schüßler, J. (2014): Kriminalität als Mittel zur Herrschaftssicherung – Am Beispiel der Bundestagswahlprogramme von 2002 bis 2013, Masterarbeit, Universität Hamburg.
- Soyhoek, S., Mall, V., Nehring, I., Henningsen, P., Aberls, S. (2017). Posttraumatic stress disorder in Syrian children of a German refugee camp. Lancet 389, 903-904.
- Süssmuth, R. (2006). Migration und Integration: Testfall für unsere Gesellschaft?. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.

- UNHCR – The UN Refugee Agency (2017). Global trends. Forced displacement in 2016. Geneva: UNHCR. <http://www.unhcr.org/5943e8a34>
- ZDF-Politbarometer vom 27. 10. 2017. <https://www.zdf.de/politik/politbarometer>.
- Zick, A. (2015). Fremdenfeindlichkeit. Wer heißt hier eigentlich wen willkommen? Gastbeitrag in ZEIT online vom 23. 10. 2015.

Landtagswahlprogramme:

- AfD BW (2016). Für unser Land – für unsere Werte. Landtagswahlprogramm 2016 der AfD Baden-Württemberg, AfD-Landesverband Baden-Württemberg, Stuttgart.
https://afd-bw.de/afd-bw/wahlprogramme/landtagswahlprogramm_afd_2016_1.pdf
- AfD RLP (2016). Mit Herz und Verstand für unser Land. Wahlprogramm des Landesverband-des Rheinland-Pfalz der Alternative für Deutschland zur Landtagswahl 2016, Alternative für Deutschland, Landesverband Rheinland-Pfalz, Mainz.
<https://www.alternative-rlp.de/wp-content/uploads/2015/11/wahlprogramm-ausfuehrlich.pdf>
- AfD SA (2016). „Die Stimme der Bürger – unser Programm!“, Wahlprogramm Zur Landtagswahl am 13. März 2016, AfD-Landesverband Sachsen-Anhalt, Magdeburg.
http://www.sachsen-anhalt-waehlt.de/fileadmin/LTW2016/Wahlprogramme/wahlprogramm_afd.pdf
- DIE GRÜNEN BW(2016). Grün aus Verantwortung für Baden-Württemberg. Wahlprogram zur Landtagswahl 2016. Landesverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stuttgart
<https://www.gruene-bw.de/wp-content/uploads/2016/01/GrueneBW-Landtagswahlprogramm-2016.pdf>
- CDU BW (2016). Gemeinsam. Zukunft. Schaffen. Das Regierungsprogramm der CDU Baden-Württemberg 2016-2021, CDU-Landesverband Baden-Württemberg, Stuttgart.
https://www.cdu-bw.de/uploads/media/CDU-BW_Regierungsprogramm_2016-2021.pdf
- CDU RLP (2016). Regieren. 100% Einsatz für Rheinland-Pfalz. 100% besser, Das Regierungsprogramm der CDU Rheinland-Pfalz, Mainz.
<https://www.cdurlp.de>
- CDU SA (2016). NAH. KLAR. Für Sachsen-Anhalt. Klare Verhältnisse – Keine Experimente, Regierungsprogramm der CDU Sachsen-Anhalt zur Landtagswahl am 13. März 2016, Staßfurt.
http://www.sachsen-anhalt-waehlt.de/fileadmin/LTW2016/Wahlprogramme/wahlprogramm_cdu.pdf

- FDP BW (2016). Mehr Chancen durch mehr Freiheit, Wahlprogramm zur Landtagswahl 2016, Freie Demokratische Partei, Landesverband Baden-Württemberg, Stuttgart.
http://www.fdp-bw.de/docs/FDPBW_LW_Programm_2016.pdf
- FDP RLP (2016). Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Landtagswahl 2016, FDP Rheinland-Pfalz, Mainz.
<http://www.fdp-rlp.de/sites/default/files/uploads/2015/12/16/ltwprogramm2016.pdf>
- FDP SA (2016). Sachsen-Anhalt. Machen wir was draus. Wahlprogramm, FDP Landesverband Sachsen-Anhalt, Magdeburg.
<http://www.mz-web.de/blob/23411908/0dd0af29c0817d46a7f529a334a231b6/wahlprogramm-fdp-data.pdf>
- SPD BW (2016). Baden-Württemberg leben, Regierungsprogramm der SPD Baden-Württemberg 2016-2021, SPD-Landesverband Baden-Württemberg, Stuttgart
<https://www.spd-bw.de/regierungsprogramm-der-spd-baden-wuerttemberg-2016-bis-2021/>
- SPD RLP (2016). Unser Land von Morgen, Regierungsprogramm der SPD Rheinland-Pfalz zur Landtagswahl 2016, SPD Rheinland-Pfalz, Mainz.
<https://www.spd-rlp.de/wp-content/uploads/2016/02/SPD-Regierungsprogramm.pdf>
- SPD SA (2016). Es ist Zeit für einen neuen Aufbruch: Sachsen-Anhalt kann mehr, Regierungsprogramm der SDP Sachsen-Anhalt 2016-2021, SPD-Landesverband Sachsen-Anhalt, Magdeburg.
http://www.dvz.de/fileadmin/user_upload/pdf/sa_wahlprogramm2016-SPD.pdf

Inhalt

Vorwort des Herausgebers 7

I. Der 22. Deutsche Präventionstag im Überblick

Erich Marks, Karla Marks

Zusammenfassende Gesamtdarstellung des 22. Deutschen Präventionstages 9

Erich Marks

Herzlich willkommen zur jährlichen Präventionsvermessung in präventions-
hungrigen Zeiten – Deutscher Präventionstag 2017 in Hannover 45

Wiebke Steffen

Der Deutsche Präventionstag fordert die Bereitstellung von Fördermitteln
für Kommunale Präventionszentren 53

Wielant Machleidt

Integration als Kulturelle Adoleszenz! Eine neue Perspektive auf Integration 57

Rainer Strobl, Merle Graupner, Olaf Lobermeier

Evaluation des 22. Deutschen Präventionstages am 19. und 20. Juni 2017
in Hannover 65

II. Praxisbeispiele und Forschungsberichte

Philipp Basler, Helmut Heitmann, Thomas Martens, René Voigt

Integration junger Flüchtlinge. Das Projekt [ankommen] –
KiezSport mobil 115

Isabelle Brantl, Yvette Völschow, Margit Stein

Früh- und Zwangsehen: Implikationen für die europäische
Soziale Arbeit im Migrationskontext 125

Karin Bruckmüller

Schutz für Menschenhandelsopfer während der „Flüchtlingskrise“ 141

Kerstin Bunte, Shérif Korodowou

Interkulturelle Kompetenz – Grundlage für Gewaltprävention und
Integrationsförderung 155

| | |
|---|-----|
| <i>Michael Fichter Iff, Laura Elmiger</i> Zusammen sicher – Herausforderungen interkultureller Polizeiprävention mit Flüchtlingen | 173 |
| <i>Christian Grafl</i> Migration und Kriminalität in Österreich – Was wissen wir wirklich? | 181 |
| <i>Dieter Hermann</i> Die Integration von Migranten – ein brauchbares Präventionskonzept? | 195 |
| <i>Dieter Hermann, Christian Specht</i> Das Mannheimer Auditinstrument zur Förderung von Sicherheit und Lebensqualität – ein Konzept der rationalen Bewältigung von Herausforderungen | 207 |
| <i>Pushpa Islam</i> Frankfurter Modell gegen Extremismus | 221 |
| <i>Wulf Köpke</i> Innovative Formen polizeilicher Arbeit mit Migranten Das Hamburger Flüchtlingsprojekt „Vermittlung von Werten und Kriterien für sozialen und beruflichen Erfolg in Deutschland“ | 227 |
| <i>Helmut Kury, Jördis Schüßler</i> Politische Forderungen im Rahmen einer „Flüchtlingspolitik“ | 237 |
| <i>Andreas Mayer</i> Für ein gutes Zusammenleben – Herausforderungen der Zuwanderung für die Polizeiliche Kriminalprävention | 255 |
| <i>Grygorii Moshak</i> Beitrag des DPT zur internationalen Integration der Kriminalitätsprävention | 263 |
| <i>Hildegard Müller-Kohlenberg</i> Balu und Du – Welche Hilfen zur Integration bietet das Mentorenprogramm? | 269 |
| <i>Helmolt Rademacher</i> Interkulturelle Konflikte in der Einwanderungsgesellschaft | 273 |
| <i>Georg Ruhrmann</i> „Integration“ und (Des)Integration. Herausforderung für die politische Kommunikation | 279 |

| | |
|--|------------|
| <i>Herbert Schubert</i> Sicherheitsaspekte der Unterbringung geflüchteter Menschen in Gemeinschaftsunterkünften | 309 |
| <i>Peter Sicking, Hartmut Denker</i> Lions-Quest „Zukunft in Vielfalt“ – Ein innovatives Fortbildungskonzept zur Vermittlung interkultureller Kompetenz. | 323 |
| <i>Stella Valentien</i> Bildungs- und Präventionsarbeit in Kindertageseinrichtungen mit Kindergarten <i>plus</i> | 329 |
| <i>Ulrich Wagner, Johannes Maaser</i> Integration als Prävention (religiös motivierter) extremistischer Gewalt | 333 |
| <i>Ohle Wrogemann</i> Traditionsgebundene muslimische Mädchen im Sportverein – Herausforderungen der Integration | 339 |
| <i>Eleonore Yassine-Sahyouni</i> Prävention ganzheitlich umsetzen – Hamburgs Konzept gegen religiös begründeten Extremismus und Muslimfeindlichkeit | 351 |
| III Autorinnen und Autoren | 365 |